Akzente setzen

Erschienen am 25.07.2016

Im Nachklang der Anhörung zum Heil- und Hilfsmittelversorungsstärkungsgesetz (HHVG) in der vergangenen Woche nutzte der IFK eine weitere Möglichkeit, um die wichtigen Branchenthemen der Physiotherapie an die Politik heranzutragen. Die IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger und der stellvertretende IFK-Geschäftsführer Dr. Björn Pfadenhauer trafen sich in Berlin mit Maria Michalk, der gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Im Zuge des derzeitigen Gesetzgebungsverfahrens zum HHVG könnten für die Physiotherapie wichtige Maßnahmen erfolgen: die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung, die Beschleunigung von Schiedsverfahren sowie mehr Autonomie für Heilmittelerbringer. In Situationen wie dieser ist der Austausch mit den maßgeblichen Entscheidungsträgern umso wichtiger. In einem sehr konstruktiven Gespräch mit Maria Michalk machten Ute Repschläger und Dr. Björn Pfadenhauer abermals die Bedürfnisse der Branche deutlich und wiesen auf die Notwendigkeit konkreter Modifizierungen im Gesetz hin.

Aktuell sieht der Gesetzentwurf nur Modellvorhaben zur Erprobung der Blankoverordnung für Heilmittel vor. Um die Patientenversorgung jedoch tatsächlich nachhaltig zu stärken, sollte das Gesetz noch an einigen Stellen deutlich modifiziert werden. Zudem betonten die IFK-Vertreter, wie wichtig die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung ist, um langfristig die Basis dafür zu schaffen, die Attraktivität des Berufsstands zu steigern und damit dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Der nächste Entwurf zum HHVG, in dem die Ergebnisse der Anhörungen der vergangenen Woche eingearbeitet sind, ist für Mitte August geplant und soll voraussichtlich im Herbst zur Diskussion und Abstimmung ins Parlament eingebracht werden. Die politischen Gespräche des IFK gehen noch in dieser Woche weiter.